

No. .... 11 /A(E)

22. NOV. 1990

Präs.: .....

ORIGINAL

E N T S C H L I E S S U N G S A N T R A G

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Schmidt, Haigermoser  
betreffend Einführung einer präventiven Fusionskontrolle im  
Kartellgesetz

Im Bereich der EG werden Firmenzusammenschlüsse präventiv kontrolliert, um zu vermeiden, daß einzelne Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung erreichen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß auch Österreich vermehrt von Fusionen betroffen ist, wobei die Antragsteller nur beispielsweise auf die Vorgänge im Medienbereich verweisen wollen. Überdies kann eine verstärkte Privatisierung - wie sie von den unterzeichneten Abgeordneten befürwortet wird - das Risiko in sich bergen, daß Käufer eines verstaatlichen Unternehmens in eine marktbeherrschende Position gelangen, die dem innerstaatlichen Wettbewerb schaden kann; angesichts des in manchen Branchen infolge mangelnden Wettbewerbs hohen Preisniveaus in Österreich wäre eine solche Entwicklung sicher nicht zu begrüßen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachstehenden

E n t s c h l i e s s u n g s a n t r a g :

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Justiz wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der die Einführung einer präventiven Fusionskontrolle im Kartellgesetz beinhaltet."

In formeller Hinsicht wird unter Verzicht auf die Erste Lesung die Zuweisung an den Justizausschuß beantragt.

Wien, am 22. November 1990

